

**Familienfest  
zum 1. Mai**  
Familienfest „Bunte Platte“,  
11 – 18 Uhr an der  
Falkenberger Chaussee

Diskussion auf der Basiskonferenz  
der LINKEN am 9. März 2010 in der  
Max-Taut-Aula



Foto: Silke Wenk

## Auf zum Rostocker Parteitag

Im Mai – eine Woche nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen – trifft sich DIE LINKE in Rostock zu ihrem Parteitag. Das ist genau ein Monat vor dem dritten Geburtstag der Partei. In den turbulenten innerparteilichen Diskussionen der letzten Wochen ist ein wenig untergegangen, was wir in dieser kurzen Zeit erreicht haben: Einen deutlichen Stimmenzuwachs bei der Bundestagswahl im vergangenen Jahr, Einzug in die Landesparlamente in Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und im Saarland; Beteiligung an der Landesregierung in Brandenburg; inzwischen über 6 000 Mandate bundesweit und auf allen Ebenen.

Aber diese Wahlerfolge sind ja kein Selbstzweck. Entscheidend für uns ist, in die Politik einzugreifen. Ich erlebe sehr häufig, dass mich die Menschen sehr fordernd fragen, wann es endlich den gesetzlichen Mindestlohn gibt und wann endlich mit der Leiharbeit Schluss sei. Recht haben sie! Auch auf der Basiskonferenz der Lichtenberger LINKEN im März stand im Mittelpunkt, wie wir diese Gesell-

schaft verändern. Wie können wir erreichen, dass die Ausgrenzung von Menschen und das Aufhetzen der Armen gegen die Ärmsten aufgehört? Wie schaffen wir es, dass Empfänger von Arbeitslosengeld II wieder eine Arbeit finden und nicht öffentlich diffamiert werden? Wie sorgen wir dafür, dass der Meinung der Mehrheit der Bevölkerung, endlich die Bundeswehr aus Afghanistan abzuziehen, entsprochen wird? Wie erreichen wir, dass Neonazis auf unseren Straßen nicht mehr demonstrieren dürfen? Wie schaffen wir es, dass auch Menschen, denen der tägliche Überlebenskampf wenig Zeit lässt, sich an politischen Aktionen beteiligen können? Wie gestalten wir unsere Programmdiskussion so, dass möglichst viele Menschen in- und außerhalb der LINKEN Lust haben, sich daran zu beteiligen?

In der Lichtenberger LINKEN sind wir uns einig: Wir sind in einer Partei, weil wir die gleichen Ziele haben. Das werden wir in Rostock bekräftigen. Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land. *Dr. Gesine Lötzsck, MdB*

## Keine Sternstunde

Von Peter-Rudolf Zotl

*Kaum prognostizierte am 21. März die „Abendschau“, dass der Bürgerentscheid zum Globus-Warenhaus mangels ausreichender Beteiligung wohl misslingen werde, rief mich ein guter Bekannter an und meinte, wir sollten doch die direkte Demokratie wieder abschaffen. Immer weniger gingen hin, und sie koste viel Geld, das man z. B. bei der Schulsanierung dringender brauche. Es stimmt: Sternstunden direkter Demokratie sehen anders aus. Aber deswegen Bürgerentscheide wieder abschaffen? Gescheitert ist doch das konkrete Anliegen – nicht aber das Instrument. Und das wird gewiss noch gebraucht.*

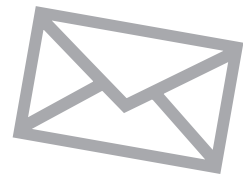
*Wir sollten uns eher fragen, warum es nicht gelungen ist, die kritischen Stimmen ausreichend zu motivieren? Wir hatten doch viele gute Argumente – oder waren es vielleicht zu viele? Haben wir diese vielen ausreichend unter dem einen, dem zentralen, kommuniziert? Nämlich, dass das Globus-Warenhaus eine rapide Verschlechterung der eigenen Lebens- und Versorgungsbedingungen in unseren Kiezen bedeutet hätte?*

*Außer bei Gregor Hoffmann, dem Lichtenberger CDU-Vorsitzenden, hat ja auch schon überall solches Nachdenken eingesetzt. Dieser jedoch witterte sofort hinter dem Scheitern das Ergebnis einer rot-roten Abschreckungsstrategie, mit der das Bezirksamt die Leute von der Mitentscheidung fernhalten wollte. Aber das bestätigt wohl eher den Verdacht, dass man einen bestimmten IQ nicht übersteigen darf, um in Lichtenberg CDU-Chef werden zu können ...*

*Nach dem Bürgerentscheid ist immer vor dem Bürgerentscheid. Und der nächste kommt bestimmt.*

## In dieser Ausgabe

- Jugendprotest: Kein „Kriegseinsatz“ an den Berliner Schulen! (Seite 2)
- Programmdebatte der LINKEN (Seite 3)
- Ein Seminar mit neuen Mitgliedern in der LINKEN (Seite 5)
- „Gut für Spekulanten“ – Rede von Gesine Lötzsck im Bundestag (Seite 7)



## Kein „Kriegs-Einsatz“ an Schulen



Am 26. März hat wieder ein Bundeswehreinsatz stattgefunden. Allerdings nicht am Hindukusch sondern am Zehlendorfer Schadow-Gymnasium. DIE LINKE hatte gemeinsam mit der Landeschülervertretung zu einer Gegendemonstration aufgerufen. Dies war nicht der erste Einsatz an einer Berliner Schule. Seit Januar 2007 hat die Bundeswehr an 98 Berliner Schulen Veranstaltungen durchgeführt. Insgesamt konnte die Bundeswehr in diesem Zeitraum 11 127 Schülerinnen und Schüler erreichen.

Es verwundert nicht, dass die Bundeswehr viel Geld und Zeit aufbringt, um für sich und die Sicherheitspolitik der Bundeswehr die Werbetrommel zu rühren. Die Bundeswehr hat ein immer größer werdendes Problem, genügend Nachwuchs zu rekrutieren, da viele Wehrpflichtige entweder Zivildienst leisten oder faktisch ausgemustert werden. Mit Jugendoffizieren und Wehrdienstberatern will sie deshalb für die kriegerische Außenpolitik der Bundesregierung werben und Schüler in den Wehrdienst locken.

Rechtlich gesehen darf die Bundeswehr an die Schulen. Allerdings hat die Schule die Pflicht, die Schüler vor einer einseitigen Beeinflussung durch die rhetorisch geschulten Offiziere zu schützen

DIE LINKE hat dafür zwei Vorschläge: Die Schulen sollten von sich aus mit solchen Veranstaltungen sensibel umgehen und den Schülern eine Teilnahme freistellen. Zusätzlich sollte eine ausgewogene Diskussion gewährleistet werden, indem man auch militär-

kritische Vertreter dazu einlädt. Das ist dringend geboten, denn lediglich an 11 der 98 Veranstaltungen waren militärkritische Referenten beteiligt. In allen anderen Fällen waren die Schüler den Jugendoffizieren allein ausgesetzt. Die Lichtenberger Linksfraktion hat auf der März-Sitzung einen Antrag mit diesen Vorschlägen in die BVV eingebracht. Wir sind gespannt, wie sich die anderen Parteien – insbesondere die Grünen – dazu verhalten. Auf Landesebene sind sie mit uns einer Meinung. In Steglitz-Zehlendorf hingegen haben sie mit der CDU einen gegenteiligen Antrag beschlossen.

Politisch gilt es, die Bundeswehr-Propaganda an Schulen weiter zu bekämpfen. DIE LINKE wird sich im Abgeordnetenhaus dafür einsetzen, dass das Land Berlin unter einer rot-roten Regierung keine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr zur Verstärkung der Arbeit der Jugendoffiziere abschließt. Diese Praxis von drei CDU-geführten Bundesländern wird es hier nicht geben. Und natürlich werden wir weiterhin gemeinsam mit außerparlamentarischen Partnern gegen die Propaganda an den Schulen demonstrieren und alternative „Wehrdienstberatungen“ vor den betroffenen Schulen anbieten.

*Sebastian Schlüsselburg*

**Foto:** Zirka 80 junge Leute – u. a. aus der IG-Metall-Jugend, der SDAJ, der Landeschülervertretung, der GEW und der Grünen Jugend – protestierten gegen die „Kriegseinsätze“ an Berliner Schulen.

## 8. März im Bundestag

Wie jedes Jahr hatte unsere Bezirksvorsitzende Gesine Löttsch zum Internationalen Frauentag in den Bundestag eingeladen – an vier Tagen je ein Bus voller Frauen. Und es waren nicht nur Genossinnen, die kamen.

Am wichtigsten war das gemeinsame Frühstück mit einem ausführlichen Gespräch, auch die Führung durch das Haus. Ohnehin ist die Zustimmung zu Gesine im Bezirk groß, doch ihr offenes Eingehen auf alle Fragen gewann ihr noch viele Herzen. Am Abend waren sich alle einig: Dieser Tag war ein großes Erlebnis. Meine Nachbarin meinte auf der Heimfahrt, dass man zu dieser Frau Vertrauen haben kann. Und mir ist es wichtig, diesen Eindruck an die Genossen weiterzugeben. *jpg*

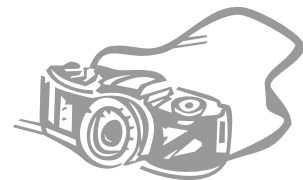
## Linke Umweltpolitik

„Linke Umweltpolitik in Berlin. Das neue Klimaschutzgesetz“ war der Titel der Veranstaltung „Wissen was läuft“ am 15. März in der Aula des ehemaligen Georg-Forster-Gymnasiums. Die Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, Katrin Lompscher, und der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der BVV, Christian Petermann, beantworteten Fragen von mehr als 50 Bürgerinnen und Bürgern. Themen waren u. a. der Klimagipfel von Kopenhagen, die Umweltzone, der Winter 2009/2010 und die Räumspflicht der Hauseigentümer und der BSR, Lärm und das geplante Klimaschutzgesetz. *Michael Grunst*

## Keine Panikmache!

Zu Verlautbarungen von Bündnis90/Die Grünen, Vattenfall könne ähnlich wie in Hamburg-Glinde die geplante Biomasseanlage am Standort Rummelsburg als Verbrennungsanlage für belastete Abfälle nutzen, erklärte Michael Grunst, umweltpolitischer Sprecher der Fraktion der LINKEN in der BVV:

„Auch vom Wiederholen solcher Behauptungen und Befürchtungen werden sie nicht wahrer! Die Planungsunterlagen geben dergleichen nicht her. Das Bezirksamt Lichtenberg wird die Biomasseanlage sichern, indem es die Errichtung von Abfallverbrennungsanlagen mit Festsetzung des Bebauungsplanes ausschließt. Damit ist die Nutzung von Holzabfällen der Kategorien AIII, AIV und PCB-Altholz der Altholzverordnung (Altholz V) – wie in Hamburg-Glinde – rechtlich unmöglich. Wir ermuntern alle Bürger, in die Debatte mit Vattenfall um die Konkretisierung der Kraftwerksplanungen einzusteigen.“



## Die Programmdebatte der LINKEN

*Der Bezirksvorstand ruft auf, mitzudiskutieren und Veranstaltungen zu organisieren. Referenten kann der Bezirksvorstand vermitteln. Schickt uns Eure Meinungen zum Programmentwurf!*

Der Entwurf für ein neues Parteiprogramm der LINKEN liegt jetzt vor. Die Parteibasis und die Öffentlichkeit sind zu einer intensiven Debatte eingeladen. Wir fangen bei der Programmdebatte nicht am Punkt Null an – DIE LINKE besitzt mit den „Eckpunkten“ ein gültiges Parteiprogramm. Daran knüpfen wir jetzt an.

Die Aussagen im Programmentwurf zu präzisieren und zu vertiefen, setzt eine umfangreiche Debatte voraus. Dabei geht es um mehr, als hinzuschauen, was im Programmentwurf noch so alles enthalten sein sollte. Hans Modrow hat das Anliegen der Programmdebatte einmal sehr gut beschrieben: „Die Diskussion um ein Parteiprogramm ist mindestens so wichtig wie das Programm selbst. Die Mitglieder machen sich bewusst, woher sie kommen und wohin sie gehen. Und wenn es dann angenommen ist, demokratisch erstritten und beschlossen, gilt es auch für alle. Die Erfahrung, beteiligt zu sein an der Bestimmung politischer Ziele und möglicher Wege dahin, stärkt Selbstbewusstsein. Und das ist nötig, wenn man dem Zeitgeist die Stirn bieten will.“ Einige der zu diskutierenden Probleme möchte ich kurz ansprechen:

● **Erstens:** Im Entwurf werden wesentliche Aussagen zur Analyse von Kapitalismus und Krise gemacht. Neben der Kritik der Zustände sollten aber nicht jene Entwicklungspotenzia-

le übersehen werden, an die wir mit unseren Alternativen anzuknüpfen haben, um realistische linke Politik auszugestalten.

● **Zweitens:** Die ökologische Frage gehört ins Zentrum linker Politik. Wir wollen die Unterordnung von Wirtschaft und Lebensweisen unter die solidarische Entwicklung und den Erhalt der Natur. Das erfordert einen sozial-ökologischen Umbau zu nachhaltiger Entwicklung anstelle profitorientierten Wachstums. Über die Konsequenzen, die sich daraus für linke Politik ergeben, ist zu diskutieren.

● **Drittens:** Keine andere der im Bundestag vertretenen Parteien setzt sich angesichts der gegenwärtig ablaufenden Krisenprozesse mit den Eigentumsverhältnissen in dieser Gesellschaft auseinander – obwohl gerade diese hauptsächlich für die großen gesellschaftlichen Probleme und Widersprüche verantwortlich zu machen sind. DIE LINKE fordert die Auseinandersetzung zum Eigentum. Daseinsvorsorge, Infrastruktur, Energieversorgung und Großbanken gehören in die öffentliche Hand. Wie realistisch unsere Forderungen sind und über welche Schritte sie realisiert werden können, darüber brauchen wir die weitere Verständigung.

● **Viertens:** Stärker als bisher wird im neuen Entwurf auf demokratischen Sozialismus orientiert. Das wird unter den Mitgliedern große

Zustimmung finden. Dennoch – die Vorstellungen, was wir unter demokratischem Sozialismus verstehen, sind nach wie vor sehr unterschiedlich. Für die einen ist es das große ferne Ziel, andere verbinden damit vor allem die Lösung der Eigentumsfrage.

Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für alle Menschen durch soziale Gleichheit in der Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens, also menschliche Lebensverhältnisse und Solidarität in der politischen Realität zur Geltung zu bringen, das verbindet sich mit unserer Vorstellung von demokratischem Sozialismus wie die Aufgabe, im Hier und Heute beginnend, über die kapitalistischen Verhältnisse hinaus und zu einer neuen Qualität von Gesellschaft zu gelangen. Das meinen wir, wenn von einem transformatorischen Prozess die Rede ist.

● **Fünftens:** Eine Regierungsbeteiligung der LINKEN auf allen Ebenen des politischen Systems – darüber gibt es kaum Meinungsverschiedenheiten. Wohl aber zu den Bedingungen einer solchen Übernahme von Verantwortung. Hierzu sollte weiter intensiv diskutiert werden.

● **Sechstens:** DIE LINKE ist und bleibt eine konsequente Anti-Kriegs-Partei – das ist unbestritten. Weitere Überlegungen sind jedoch erforderlich, wie wir mit den vielfältigen Widersprüchen im Ringen um eine Welt des Friedens umzugehen gedenken und welche praktischen Schritte und Wege hin zu mehr Sicherheit auf unserem Globus wir vorschlagen.

*Bernd Ihme*

## Feiger Brandanschlag

In den frühen Morgenstunden des 26. März ist auf das Auto der LINKEN-Abgeordneten Evrim Baba-Sommer ein Brandanschlag verübt worden. Die Politikerin ist sich sicher, dass es sich um einen gezielten Anschlag von Neonazis auf ihre Person handelt. Die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus hat diesen feigen Brandanschlag verurteilt und Evrim Baba-Sommer ihre Unterstützung zugesagt. Fraktionsvorsitzender Udo Wolf betonte, dass sich die LINKEN in ihrem politischen Handeln von solchen Bedrohungen nicht beeindrucken lassen.

Evrim Baba-Sommer ist Mitunterzeichnerin eines Aufrufs gegen die von der NPD und anderen neofaschistischen Organisationen geplanten Aktionen am 1. Mai in Berlin und hat gemeinsam mit Wolfgang Brauer einen Beschlussantrag an den 2. Landesparteitag der LINKEN „Von Dresden nach Berlin – kein Naziaufmarsch am 1. Mai“ formuliert.

*jr*



*Foto: Joachim Pampel*

Bürgermeisterin Christina Emmrich eröffnete am 9. Februar die Jugendfreizeiteinrichtung in der Lückstraße 18/19. Die „Lücke“, einer der ersten in freie Trägerschaft überführten Jugendklubs des Bezirkes, kann nun täglich 92 Kindern und Jugendlichen statt bisher nur 36 sein sportorientiertes Angebot präsentieren.



## Ansprüche und Vorhaben

Von der Klausur der BVV-Fraktion im März

Anderthalb Tage nahm sich die Fraktion Zeit, um über das Erreichte und die noch zu lösenden Aufgaben bis zu den Wahlen im Herbst des kommenden Jahres intensiv zu diskutieren. Ausgangspunkte waren die Beschlüsse der vergangenen beiden Hauptversammlungen der LINKEN zur Entwicklung der Bürgerkommune in Lichtenberg. Wir wollen einen bürgerfreundlichen Bezirk, in dem alle Arten von Barrieren, die ein gedeihliches Miteinander aller in unserem Stadtbezirk lebenden Menschen immer noch behindern, Schritt für Schritt verschwinden.

Ein besonderes Anliegen ist uns, dass in Lichtenberg auch künftig für alle Kinder, deren Eltern es wünschen, ein Kitaplatz zur Verfügung steht. Weitere Themen, denen sich die Fraktion besonders widmen will, sind:

- Start und Entwicklung einer Gemeinschaftsschule.
- Wiederbelebung der traditionellen Mieterbeiräte und Mietermitbestimmung als Unterpfeiler sozialer Wohnungspolitik.
- Ausbau des Standortfaktors Gesundheit für Lichtenberg.
- Förderung von Lichtenberger „Orten der Zeitgeschichte“, z. B. des Nöldnerplatzes als Ort des Arbeiterwiderstandes gegen die Nazibarbarei.

Zahlreiche Projekte werden auch im Jahr 2011 das Markenzeichen „Bürgerkommune Lichtenberg“ tragen, so z. B. die 250 000 Euro, die

für Kiezprojekte zur Verfügung stehen, und die Bürgerjuras, die über die Verwendung der Mittel entscheiden sollen.

Das Prinzip des selbstbewussten Mitgestaltens in bezirklichen Angelegenheiten durch die Bürgerinnen und Bürger verlangt auch eine Intensivierung und Qualifizierung der Öffentlichkeitsarbeit der LINKEN. Sie muss über reine Informations- und Pressearbeit hinausgehen. Die bewährten Veranstaltungen „Fraktion vor Ort“ und „Wissen, was läuft“ sollen ebenso ausgebaut werden wie die „Linksreport-Newsletter“ der Fraktion. Die Sprechstunden der Fraktionsmitglieder werden künftig auch öfter in der „info links“ zu finden sein.

Joachim Pampel

Während der Klausurberatungen der BVV-Fraktion im Bildungswerk in Erkner



Foto: Joachim Pampel

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

### Herzberge-Park

Bis 2012 wird das Projekt „StadtLandWirtschaft Herzberge“ abgeschlossen sein. Die zirka 100 Hektar Fläche zwischen Siegfriedstraße, Allee der Kosmonauten sowie dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde ist dann vor allem von landwirtschaftlichen Nutzungen, Erholungsflächen und Gewerbe geprägt. Dafür stehen 3,2 Mio. Euro zur Verfügung.

### Gästeboom

2009 übernachteten 3,8 Prozent aller Berlinter Touristen in Lichtenberg (2008: 3,3 Prozent). Von Januar bis November 2009 beherbergten die 23 Lichtenberger Hotels und Pensionen 291 304 Gäste.

### Keine Umbenennung

Die Rathausstraße in Lichtenberg wird nicht umbenannt. Im November 2009 hatte die BVV auf Anregung ihres Kulturausschusses beschlossen, Anwohner darüber zu befragen, ob die Rathausstraße künftig den Namen des ersten Lichtenberger Bürgermeisters Oskar Ziethen tragen soll.

### Baubilanz

Bauinvestitionen im dreistelligen Millionen-Euro-Bereich wurden 2009 in Lichtenberg realisiert. Darunter befinden sich u. a. der Neubau des Gewerbegebäudes „Berliner Campus-Gewerbe“ in der Hauptstraße und das Autohaus an der Straße am Tierpark.

### Frühe Berufsorientierung

674 Mädchen und Jungen aus 7. und 8. Klassen nahmen 2009 am Projekt „Komm auf Tour“ in Lichtenberg teil. Dabei lernten sie unter anderem zu ihnen passende Berufsfelder kennen. Dadurch ist eine frühzeitige Berufsorientierung möglich.

### Würdigung

Seit dem 26. März 2010 trägt der Platz zwischen der Königswinter- und der Rheingoldstraße den Namen von Johanna und Willy Brauer. Mit dieser Namensgebung wird das jüdische Ehepaar geehrt, das unter der Naziherrschaft neun Menschen vor Verhaftung und Deportation schützte.

## Die Neuen machten sich schlau



Foto: Ilona Ibrahim

Neuen Mitgliedern eine Prise Wissen zur politischen Arbeit zu vermitteln war das Ziel eines Seminars des Steglitz-Zehlendorfer Bezirksverbandes der LINKEN. Über E-Mails wurden Parteimitglieder aus ganz Berlin eingeladen. Bemerkenswert war die Zusammensetzung der Teilnehmer: Von Jung bis Alt, von Ost bis West war alles vorhanden, um die Diskussionen zu bereichern.

Die etwa 25 Teilnehmer – 5 davon aus Lichtenberg – nutzten dann auch intensiv die Möglichkeit zur Diskussion z. B. über Parteigeschichte, Neoliberalismus oder über die Entwicklung der BRD. Über Vorträge, Gruppenarbeiten mit anschließender Vorstellung der Ergebnisse und Diskussionen konnten sich alle Beteiligten austauschen und Wissenslücken schließen.

Die offene Art der Begrüßung und die Einleitung zum Seminar bauten schnell etwa vorhandene Schranken ab. Auch der Ton während der Diskussionen hat zu einer lockeren Stimmung beigetragen. Sowohl am Freitagabend als auch am Samstag bekamen die Teilnehmer

die Möglichkeit, sich beim Abendessen und anschließenden Gesprächen außerhalb des Seminarraums näher kennenzulernen. Gut war die Möglichkeit, im Naturfreundehaus „Karl Renner“, dem Veranstaltungsort, zu übernachten. Die Zeit, die sonst in die Fahrt nach Hause investiert worden wäre, stand somit allen frei, um sich auszutauschen und zu vernetzen.

Die Kosten für Verpflegung und Übernachtungen teilen sich der Bezirksverband Steglitz-Zehlendorf und der Landesverband. Somit hatten auch die Genossen und Genossinnen, die nicht über große finanzielle Spielräume verfügen, die Möglichkeit, auf diese Weise am Parteileben teilzunehmen.

So hatte das Seminar besonders für uns Neue viel Interessantes zu bieten. Selbst Reaktionen auf mögliche Kommentare von Bürgern an Wahlkampfständen wurden simuliert und trainiert. Diese Erfahrung war für viele neu, aber auch ein Schritt zur Motivation, sich aktiver einzubringen und auch solchen Situationen auszusetzen.

Jan Novak

## Veranstaltungen

- **Montag, 12. April, 19.30 Uhr**  
„Sozialpolitik“, Veranstaltung mit Carola Blum; Nachbarschaftshaus, Am Berl 8–10
- **Donnerstag, 15. April, 17 Uhr**  
Sprechstunde der BVV-Fraktion DIE LINKE; Rathaus Lichtenberg, Raum 8
- **Donnerstag, 15. April, 19 Uhr**  
„Lissabon und die Folgen“, Gespräch mit Prof. Lothar Bisky, MdEP; Kinderhaus, Neustrelitzer Straße 57
- **Freitag, 16.4., 15 Uhr**  
Beratung des Marxistischen Forums: „30 Jahre Herforder Thesen – was bleibt von den theoretischen Diskursen der damaligen Stamokap-Linken in der SPD?“, mit Andreas Wehr; Karl-Liebkecht-Haus
- **Sonntag, 18. April, 10 Uhr\***  
Lichtenberger Sonntagsgespräch: „Über den Entwurf des neuen Programms der Partei DIE LINKE“, mit Michael Stadler
- **Sonnabend, 24.4., 10 Uhr**  
4. Tagung des 2. Landesparteitages Berlin der LINKEN; Max-Taut-Aula
- **Mittwoch, 28.4., 18.30 Uhr\***  
AG: Politische Bildung: „Ein kollektives Sicherheitssystem Europa ohne Russland?“, Gespräch mit Wolfgang Grabowski
- **Sonnabend, 1.5., 12–18 Uhr**  
Sportfest „Der Gewalt einen Korb geben“, Frankfurter Allee, Ecke Möllendorffstraße
- **Sonnabend, 8.5.**  
65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, **Kranzniederlegungen: 9.30 Uhr** Stelen an der Wuhlheide, Erlöserkirche Nöldnerstraße und am Fennpfuhl; **10 Uhr** Gedenkstätte Küstriner Straße, danach St. Hedwigs-Friedhof, **15 Uhr** Deutsch-Russisches Museum, **17 Uhr** Ehrenmal in Treptow, Kundgebung der VVN/BdA

\* Veranstaltungsort: Alfred-Kowalke-Straße 14

## Mitgliederentscheid

Vom 22. März bis 23. April 2010 findet auf Initiative aus neun Landesverbänden ein Mitgliederentscheid statt. Damit sollen die Genossinnen und Genossen, die vom Parteivorstand vorgeschlagen wurden, vor dem Rostocker Parteitag Klarheit darüber haben, ob die Ämter, um die sie sich bewerben, in der Satzung verankert sein werden. Nur so kann sich der Parteitag mit dringenden politischen Fragen befassen. Der Bezirksvorstand ruft alle Mitglieder unseres Verbandes auf, sich an diesem Entscheid zu beteiligen. *Wolfgang Schmidt*

### Danke!

Manfred Niklas feierte Ende des vergangenen Monats seinen 70. Geburtstag.

Ein weiteres Jubiläum begeht er im kommenden Monat: Seit 15 Jahren betreut Manfred Niklas als verantwortlicher Redakteur das Bezirksblatt der LINKEN. Der Bezirksvorstand und die Redaktionskolleginnen und -kollegen der „info links“ gratulieren sehr herzlich und bedanken sich für die kontinuierliche und zuverlässige Arbeit!

## Treffen der LAG Hartz IV

Nebenwirkungen und Risiken von Hartz IV sind unter anderem Altersarmut, Sanktionen, Enteignung, Zwangsarbeit, Kinderarmut und Lohndumping.

Alle, die sich gemeinsam mit uns und vielen anderen wirksam gegen die verfassungswidrigen Hartz-IV-Gesetze wehren möchten, lädt der Sprecherrat der LAG Hartz IV herzlich ein. Wir wollen uns am Freitag, dem 30. April, 19 Uhr, in der Geschäftsstelle der LINKEN, Alfred-Kowalke-Straße 14, treffen.

*Bernd Ludewig, Bezirksvorstand der LINKEN*

## Dienstleistungs- verwaltung

von Peter-Rudolf Zotl

Mit einem Blumenstrauß und einem Gutschein für eine Tierpark-Jahreskarte wird man nicht immer im Bürgeramt empfangen. Auch nicht in Lichtenberg, obwohl unser Bezirk seit Jahren ganz vorn liegt, wenn es um die bürgerfreundliche Verwaltung geht. Dass Frau Opiola am 16. März im Bürgeramt Möllendorffstraße einen solchen „Bahnhof“ erlebte, lag daran, dass sie – seit Eröffnung vor etwa fünfzehn Jahren – die dreimillionste Besucherin eines Lichtenberger Bürgeramtes war.

### Die Akten sollen laufen

Inzwischen haben wir in Berlin etwa 60 Bürgerämter, alle mit einem breiten und berlinweit einheitlichen Leistungsangebot. Nach dem Prinzip „Die Akten sollen laufen, nicht die Bürger“ kann man nahezu alle Anträge dort abgeben. Vieles wird sofort erledigt, alles andere wird an die zuständigen Verwaltungen weitergeleitet.

Und dass man z. B. bei einer Ummeldung gefragt wird, ob man auch einen Kita-Platz, eine Kfz-Ummeldung oder eine Änderung in der Lohnsteuerkarte benötigt, hat nichts mit Neugier zu tun, sondern mit der Praxis, die Bürger komplex nach Lebenslagen zu beraten und zu bedienen. Wie in Lichtenberg längst



Foto: Joachim Pampel

üblich, kann man inzwischen berlinweit bei einem Termin und einem Mitarbeiter alle Anliegen erledigen.

Systematisch wurden in den letzten Jahren die Öffnungszeiten der Bürgerämter erweitert, und längst gibt es in jedem Bezirk auch jeden Samstag ein offenes Bürgeramt. Und schon lange muss man nicht mehr nach der Arbeit in seinen Bezirk hetzen, um etwas auf dem Bürgeramt zu erledigen, sondern man kann in jedem Berliner Bürgeramt alle Angelegenheiten erledigen – unabhängig vom Wohnsitz.

Noch graust es so manchen vor langen Wartezeiten. Aber auch dagegen ist eine Lösung gefunden worden. In Lichtenberg – und anderswo auch – kann man sich telefonisch oder per Internet einen Termin seiner Wahl buchen. In „Stoßzeiten“ gibt es auch spezielle Schnellschalter.

### Das Amt kommt zum Bürger

Dem Ausbau einer bürgernahen Dienstleistungsverwaltung hat sich die Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus – und besonders ich als zuständiger Sprecher – verschrieben. Von Anfang an haben wir die Idee der Bürgerämter propagiert, Studien verfasst, Vorschläge unterbreitet, Praxisdebatten organisiert und immer wieder entsprechende parlamentarische Initiativen unternommen. Vor allem haben wir konsequent die Sicht der Bevölkerung – und um die geht es ja – eingenommen und dazu beigetragen, dass die besten Erfahrungen zum Allgemeingut wurden. Dieses Engagement hat sich gelohnt.

Heute finden unsere Bürgerämter auch nationale und internationale Anerkennung. In-

zwischen haben wir gemeinsam einen grundlegenden Systemwechsel eingeleitet, bei dem wiederum unser Bezirk Lichtenberg Pionierarbeit leistet: Immer weniger muss man aufs Amt, und immer öfter kommt das Amt zum Bürger. Und das auf drei Wegen:

→ das Lichtenberger Bürgertelefon (Telefon: 92 96-78 00) oder die bundesweite Dienstleistungsnummer 115, worüber man alle Informationen zu Verwaltungsleistungen erhält und bei deren Durchsetzung Berlin Pionierarbeit leistet;

→ die elektronischen Dienste, bei denen viele Behördengänge – zunehmend vollständig – per Internet möglich sind;

→ das mobile Bürgeramt, das sowohl nach einem festen „Fahrplan“ an verschiedenen Standorten oder auch nach Bedarf eingesetzt wird und das über das gleiche Leistungsvolumen wie ein stationäres Bürgeramt verfügt.

Ähnliche Entwicklungen hin zu einer bürgernahen Dienstleistungsverwaltung haben wir z. B. auch bei den Ordnungsämtern, anderen Verwaltungen „mit viel Kundenverkehr“, bei Landesämtern. Momentan wird – wiederum vorbildlich in unserem Bezirk – begonnen, die „aufsuchende Arbeit“ auszubauen. Z. B. nach Geburt eines Kindes kommt das Jugendamt nach Hause, und man kann hier alle damit im Zusammenhang stehenden Angelegenheiten regeln. Genauere Informationen über die Bürgerdienste in unserem Bezirk sind einsehbar unter [www.berlin.de/ba-lichtenberg](http://www.berlin.de/ba-lichtenberg).

### Unsere Sprechstunden

So sind die Lichtenberger Vertreter im Berliner Abgeordnetenhaus zu erreichen:

- **Evrin Baba-Sommer:**  
☎ 0172-39 25 870, nach Vereinbarung (unter 0177-17 68 633)
- **Marion Platta:** ☎ 0170-698 92 55, 15. April, 17 Uhr, Soziokulturelles Zentrum, Landsberger Allee 180 D
- **Giyasettin Sayan:** ☎ 0171-703 01 63, 5. Mai, 17 Uhr, KULTSchule, Sewanstraße 43 (mit Rechtsanwältin Birgit Stenzel), und montags, 13 Uhr, Abgeordnetenhaus
- **Dr. sc. Peter-Rudolf Zotl:**  
☎ 0151-1560 2356, 12. April, 17 Uhr, Abgeordnetenhaus, Zimmer 417 a; sowie am 28. April, 17 Uhr, Nachbarschaftshaus, Am Berl 8-10

Wir kommen auch gern in Basis- und Bürgerveranstaltungen. **Ladet uns ein!**

## Gut für Spekulanten

Aus der Rede von MdB Gesine Löttsch zum Bundeshaushalt 2010 am 16. März

Unsere Hauptkritik an diesem Haushalt besteht darin, dass die Bundesregierung es nicht für nötig hielt, die Verursacher der Finanz- und Wirtschaftskrise an den Kosten der Krise zu beteiligen. Das ist ungerecht, und das können die Menschen nicht akzeptieren.

### Gebot der Stunde

Immer wieder haben wir von der Bundeskanzlerin kritische Worte über die Banken gehört. Schon 2008 sollten die Verantwortlichen für die Finanzkrise zur Verantwortung gezogen werden. Nichts ist passiert. Im Bundestagswahlkampf war die Kanzlerin sogar für eine Transaktionssteuer. Wieder ist nichts passiert. Im November 2009 sagte Frau Merkel, dass manch einer im Finanzsektor schon wieder eine ziemlich große Lippe riskieren würde.

Frau Merkel hat aber nichts getan, außer diese Lippe zu kritisieren. Als die Spekulanten gegen die griechische Volkswirtschaft wetteten, wollte der Finanzminister die Leerverkäufe verbieten. Doch wieder ist nichts passiert. Ich finde, die Bundesregierung muss die Finanzwirtschaft mit eindeutigen Gesetzesinitiativen in die Schranken weisen. Das ist das Gebot der Stunde.

DIE LINKE hat einen Antrag für eine Bankenabgabe in den Bundestag eingebracht, wie sie auch Präsident Obama in den USA plant. Bisher habe ich nur vernommen, dass der Finanzminister über eine solche Abgabe nachdenkt. Ich denke, die Regierung muss endlich handeln. Die Entlastung von Hotels und Großerben ging doch auch ganz schnell.

### Einnahmen statt Kürzungen

Ich will betonen, dass wir als Linke in den Haushaltsdebatten im Plenum und in den Ausschüssen sehr viele Vorschläge zur Stärkung der Einnahmen gemacht haben. Allerdings wurden alle diese Vorschläge zur Stärkung der Einnahmen von der Koalition abgelehnt.

CDU/CSU und FDP feiern als größten Erfolg der Haushaltsberatungen Kürzungen von drei Milliarden Euro bei der Bundesanstalt für Arbeit. Um es ganz deutlich zu sagen: Damit werden Westerwelles Pöbeleien gegen Arbeitslose in diesem Haushalt schon in Zahlen gegossen.

Wir als LINKE haben darauf bestanden, dass im Haushalt Vorsorge getroffen wird, um das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu den Hartz-IV-Regelsätzen umsetzen zu können. Auch dieser Vorschlag wurde von Schwarz-Gelb abgelehnt. Offensichtlich wollen Sie es mit einem Trick versuchen: Sie wollen eventuell höhere Hartz-IV-Sätze für Kinder aus der Portokasse bezahlen, oder – was noch gefährlicher ist – diese Regierung will die Mehrausgaben für Kinder bei den Erwachsenen wieder kürzen. Das ist mit uns nicht zu

### Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar:

- Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 9927 0725, oder im Bundestag, ☎ 2277 1787
- **Sprechstunde:**  
26. April, 17 Uhr, Bürgerbüro (bitte zur Sprechstunde anmelden; oder Termine telefonisch vereinbaren)

**Ladet sie in Basis- und Bürgerveranstaltungen ein!**

machen; denn wir teilen die Auffassung aller Experten, dass die Hartz-IV-Regelsätze deutlich zu gering sind. Wir brauchen eine Erhöhung, und wir fordern Sie auf, unserem Antrag zuzustimmen.

Der entscheidende Grund, Kollege Westerwelle, warum Sie die Debatte über die Hartz-IV-Empfänger angezettelt haben, ist doch nicht, dass Sie sich Sorgen um die alleinerziehende Kellnerin machen, die Sie immer als Beispiel genannt haben, sondern dass Ihre Freunde Ihnen gesagt haben: Sorg mal dafür, dass nicht mehr über die Verursacher der Bankenkrise geredet wird. Dieses Manöver haben wir durchschaut. Wir finden: Die Verursacher der Bankenkrise müssen zur Kasse gebeten werden, und Pöbeleien gegen Arbeitslose und Hartz-IV-Empfänger müssen vom gesamten Deutschen Bundestag deutlich und entschieden zurückgewiesen werden.

### Mindestlohn

Wir haben einen ganz anderen Haushaltsansatz: Wenn die Politik richtig ist, dann stimmt auch der Haushalt. Ausgangspunkt unserer Politik ist, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können müssen. Dazu brauchen wir endlich einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn.

Dieser würde dafür sorgen, dass Menschen in Würde leben können, und außerdem würde er – nach derzeitigem Stand – den Bundeshaushalt um mindestens 10 Milliarden Euro entlasten. Wenn das nicht ein doppelter Nutzen ist! Wir von der LINKEN haben Anträge gestellt, die von der Mehrheit der Bevölkerung getragen werden. Wenn Sie unseren Anträgen zustimmen, dann handeln Sie im Sinne der Mehrheit.

*Insgesamt 1 000 Rosen überreichte Gesine Löttsch zum Internationalen Frauentag, so z. B. an die Mitarbeiterinnen der HOWOGE.*

Foto: Büro Löttsch





## Wettbewerb: Zivilcourage vereint

Ein wichtiges gemeinsames Anliegen unserer politischen Arbeit in Lichtenberg ist die Bekämpfung des Rechtsextremismus. Daraufhin versuchen wir auf vielfältige Weise zu wirken. Die Erinnerung an die Verbrechen der Nazidiktatur ist dabei eine tragende Säule.

In diesem Jahr begehen wir am 8. Mai den 65. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus. DIE LINKE organisiert am Vorabend eine Großveranstaltung im Theater an der Parkaue, der Gedenkstein für Erwin Nöldner auf dem Nöldnerplatz wird eingeweiht, und viele weitere Kranzniederlegungen und Ehrungen werden stattfinden.

Gleichzeitig endet an diesem Tag auch die Einsendefrist für unseren Antifa-Jugendwettbewerb „Zivilcourage vereint“: Wie auch in den vergangenen Jahren suchen wir hierfür interessante Beiträge von Jugendlichen zwischen 16 und 26 Jahren, die sich mit dem

Thema Rechtsextremismus auseinandersetzen. Der Art der Einsendung sind dabei keine Grenzen gesetzt – Songs, Gedichte, Video-Clips, Drehbücher, Fotos, Dokumentationen von Projekten ... Eine Auswahl von Beiträgen, die in den letzten Jahren prämiert wurden, gibt es unter [www.zivilcourage-vereint.de](http://www.zivilcourage-vereint.de). Dort findet Ihr auch alle weiteren Infos.

Wir wollen mit diesem Wettbewerb das Engagement von jungen Leuten gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus würdigen. Die phantasievollsten und kreativsten Wettbewerbsbeiträge, die bei uns eingehen, werden prämiert. Zu gewinnen gibt es eine Studienreise nach Slowenien und Kroatien (17. – 24. September). Alle Wettbewerbsbeiträge bitte an das Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, senden (Tel.: 9927 0725), Ansprechpartner ist Erik.

*Gesine Löttsch, MdB*

## Kultur im Bezirk

- **Sonnabend, 10.4., ab 19 Uhr**  
2. Lange Nacht der Opern und Theater;  
**Theater an der Parkaue**, Parkaue 29  
→ 19 Uhr: „Schneewittchen“  
→ 21 Uhr: „Lohndrucker“, ein Hörstück nach Heiner Müller  
→ 23 Uhr: „Leuchte, Berlin, leuchte!“, ein szenisches Konzert  
**Zimmertheater**, „6 × 45 Minuten gutes Theater“; Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112  
→ 21 Uhr: „Alles Wende ohne Ende“, Kabarettprogramm zum Mauerfall  
→ 22 Uhr: „Abgründe“, Schwarzer Humor von Dr. A. Käppel-Kubitzki  
→ 24 Uhr: „Bofinale, die Zweite“
- **Sonnabend, 10.4., 19 Uhr**  
Eine Begegnung mit dem Latin-Jazz: „Ritmo charanga“, kubanische Rhythmen mit den „Jazz Optimisten Berlin“; Großer Saal, Kulturhaus Karlshorst, Eintritt 15 €
- **Sonntag, 11.4., 16 Uhr**  
Finissage: „Berlin Berlin Berlin. Da kieke wa“, Gemeinschaftsprojekt anlässlich „25 Jahre Hohenschönhausen“; studio im hochhaus, Zingster Straße 25
- **Dienstag, 13.4.**  
Filme in der Galerie Carlshorst: „Amiland. Von Atlantic City nach San Francisco“, Dokumentarfilm von Florian Schewe und Vojtech Pokorne; Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112, Tel.: 509 85 81
- **Mittwoch, 21.4., 18 Uhr**  
Ausstellungseröffnung: „Kapitulation in Karlshorst“; Deutsch-Russisches-Museum, Zwieseler Straße, geöffnet bis 22.6.
- **Freitag, 23.4., Sonnabend, 24.4., 20 Uhr**  
„Die eine Rose überwältigt alles“ (Hommage an Eva Strittmatter); Zimmertheater Karlshorst, Treskowallee 112
- **Sonnabend, 24.4., ab 17 Uhr**  
Jazzfestival, u. a. mit dem Jazz Collegium Berlin, der Tower Jazz Band und Ruth Homann; Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112, Eintritt 17 €
- **Mittwoch, 28.4., 14.30 Uhr**  
Gaby Rückert im Konzert; Begegnungsstätte Hönowert Straße 30a, Eintritt 5 €
- **Noch geöffnete Ausstellungen**  
→ Handzeichnungen und Druckgrafik; Studio Bildende Kunst, John-Sieg-Straße 13  
→ „Mies van der Rohe Projekt“, Rita Ernst; Mies-van-der-Rohe-Haus, Oberseestraße  
→ „Frauenzimmer“, Zeichnungen und Druckgrafik von Ada Kim; Kunst- und Raucherklub Maximus, Ehrlichstraße 28

## Buchtipps



„Und wo ist Ihr Tipp?“ fragten wir die „info links“-Leser in der Ausgabe 1/2010. Gern veröffentlichen wir hier in loser Folge die Buchtipps unserer Leser.

### Die Abwracker

... heißt ein neues Buch von Hans-Olaf Henkel mit dem Untertitel: Wie Zocker und Politiker unsere Zukunft verspielen. Henkel beschreibt anschaulich, aus persönlichem Erleben und ohne Ansehen der Person, wer versagte und warum. Er unterbreitet zwölf Vorschläge zum Gegensteuern.

Man muss den ehemaligen IBM-Chef und Präsidenten des BDI nicht mögen. Seine Ausführungen sind aber zeitnah und informativ, seine Gedanken interessant, seine Vorschläge überlegenswert.

Bei einem Kolloquium von Fachleuten auf der Insel Mainau suchte er Antwort auf die Frage, ob die Weltwirtschaftskrise bald beendet ist. Seine Erkenntnis: Der große Knall wird erst noch kommen, weil der größte Schuldner-Staat auch das größte Interesse daran besitzt, seine Schulden loszuwerden und dies mittels Abwertung des Zahlungsmittels auch durchsetzen wird.

*Dr. Gerhard Bahro*

- Hans-Olaf Henkel: „**Die Abwracker. Wie Zocker und Politiker unsere Zukunft verspielen**“, Wilhelm Heyne Verlag München 2009, 256 Seiten, 19,95 €, ISBN 978-3-453-16829-9

## info links

### Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin,  
Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Manfred Niklas

### Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE,  
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: [lichtenberg@die-linke-berlin.de](mailto:lichtenberg@die-linke-berlin.de)

Web: [www.die-linke-lichtenberg.de](http://www.die-linke-lichtenberg.de)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Keine Haftung oder Abdruckgarantie für unverlangt eingesandte Beiträge.

**Redaktionsschluss für Ausgabe 3/10:** 29.3.2010

Die nächste Ausgabe erscheint am 6.5.2010

**Abgabeschluss für Texte und Fotos:** 27.4.2010

**Druck:** Druckerei Bunter Hund

**Gestaltung:** Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.